



Band 10. Ein Deutschland in Europa 1989 – 2009  
Die Vereinigungskrise (31. Dezember 1992)

Der Münchener Historiker Christian Meier spricht sich dafür aus, die Probleme in Deutschland mit dem Begriff der „Vereinigungskrise“ auf den Nenner zu bringen, um deren Ausmaß angemessen zu würdigen. Die Gründe für diese Krise sieht er in den unterschiedlichen Identitäten von Ost- und Westdeutschen, der ungleichen Verteilung der Lasten der Vereinigung und den Erwartungen, die mit der Vereinigung verbunden waren.

---

**Nichts trennt die Menschen mehr als Vereinigung  
Die deutsche Krise: warum man auf beiden Seiten so misstrauisch ist**

*Deutschland macht zur Zeit eine Krise durch – die Vereinigungskrise. Wie schwer sie ist, ist noch nicht abzusehen. Sie spielt sich zwar wesentlich unter den Deutschen ab. Doch vollzieht sie sich im weiteren Zusammenhang der langfristigen Krise des ehemaligen Ostblocks und des Weltsystems im ganzen, der die Vereinigung verdankt wird und die deren Problematik außerordentlich verschärft. Die Integration der deutschen Gesellschaft wird, bevor sie nennenswert in Gang gekommen ist, schon auf schwierigste Proben gestellt.*

Krise bedeutet ursprünglich Entscheidung oder Entscheidungssituation. Auf ein System angewandt ist es der Zustand stärkerer Störung oder Infragestellung. Zu ihr gehört grundsätzlich die Möglichkeit, dass Abwehrkräfte entwickelt werden. Krise bedeutet nicht (jedenfalls nicht unbedingt) Katastrophe.

Dass das Wort Krise normalerweise auf den Vereinigungsprozess nicht angewandt wird, halte ich für einen Fehler. Es trägt dazu bei, dass die Sache zu leicht genommen wird. Feldzüge geraten in der Regel in große Schwierigkeiten (oder gehen gar verloren), wenn man die Lage nicht richtig analysiert. Vereinigungsprozesse solchen Ausmaßes offenbar auch.

Die Positionen zwischen Ost- und Westdeutschland haben eine lange Vorgeschichte. Mehr als 40 Jahre des Auseinanderlebens, zunächst in den getrennten Zonen und Staaten, dann im vereinigten Deutschland. Es hat dazu geführt, dass sich in BRD und DDR zwei gegensätzliche kollektive Identitäten ausbildeten.

Die BRD fand, dank ihrer außerordentlichen Erfolge, über viele Unsicherheiten und Zweifel hinweg zu einem kräftigen Selbstbewusstsein. Man stimmte überein mit dieser Gesellschaft.

Von der DDR kann man das gleiche zwar nicht behaupten, die meisten ihrer Bürger wollten weder das Regime noch das System noch den eigenen Staat. Aber sie mussten sich darin gleichwohl einrichten, sie brauchten auch irgendeinen Stolz. Sie mussten das Gefälle der großen Unsicherheit zwischen den beiden deutschen Staaten und dessen, zum Teil recht unangenehme, Äußerungen aushalten.

Im Westen waren einerseits noch die alte Kommunistenangst lebendig, der Hass auf das SED-Regime, insgesamt der Antikommunismus, der für die Anfänge der Bundesrepublik geradezu konstitutiv war. Andererseits gab es das Mitgefühl mit den sogenannten Brüdern und Schwestern. Dann begann sich das zu kontaminieren. Die Brüder und Schwestern gerieten irgendwie in Verdacht, auch Täter (oder Täter und Opfer zugleich) zu sein, zumindest wusste man nicht recht, woran man mit ihnen war. Und wenn man es näher wissen wollte, wurde es noch komplizierter, weil sie die Bekenntnisse gegen das Regime so simpel oder wenigstens so überzeugend – und noch dazu den verständnislosen Westmenschen gegenüber – meist auch nicht ablegen wollten. So war man einander teils vertraut, teils fremd.

Schließlich markierte es die gegenseitige Abgrenzung der Systeme, in irgendeinem Maß aber auch der Gesellschaften, dass die Deutschen West und die Deutschen Ost sich gegenseitig auch noch unangenehme Seiten der eigenen Nation zuschoben. Deutscher zu sein ist schwierig, vor allem seit dem Zweiten Weltkrieg, und da ergibt es sich vermutlich mit ziemlicher Notwendigkeit aus einer solchen Teilung, dass man vor der Welt je auf die anderen mit Fingern zeigt. Wohl war die DDR für die BRD keine Anfechtung, aber der deutsche Selbsthass konnte einiges auf sie projizieren. Und umgekehrt auch! Wobei die BRD für die DDR zusätzlich auch noch als Anfechtung fungierte. Es ist kaum zu entwirren, aber als Tatsache im ganzen unverkennbar, dass diese Projektionen noch heute stark wirken; als Nährboden für sehr ungute Gefühle bis hin zum Hass.

In jedem Wir und Die, das in Ost und West übereinander gesprochen wird – kaum meint man ja mit Wir schon die Deutschen insgesamt –, bestätigt sich die beiderseitige Identität. Sie äußert sich im großen Misstrauen gegeneinander. Und sie schlägt sich in vielerlei Zuschreibungen von Eigenschaften nieder. Die einen sind störrisch, wenn sie etwas nicht gleich begreifen, oder faul, wenn sie sich mit etwas schwertun; die andern sind arrogant, wenn sie leichthin etwas verlangen. Gerade weil man die Eigenschaft des Ost- respektive Westdeutschen noch so stark empfindet, werden ständig Generalisierungen vorgenommen. Wie üblich stimmen sie nicht recht, Unsicherheiten entstehen, Schwankungen im Urteil. Die Westdeutschen begreifen gar nicht, wie man freiwillig so anders sein kann als sie. Die Ostdeutschen, denen so vieles kaputtgegangen ist, tun sich schwer damit, nun auch noch sich selbst zu negieren. Freilich ist die Identität gerade in Ostdeutschland durch viele alte und neue Feindschaften durchbrochen. Aber weithin gilt sie noch.

Vieles an den Ungleichheiten und ihren mannigfachen Konsequenzen ist unvermeidlich. Der Westen zahlt – der Osten lebt davon. Der Westen zahlt sogar viel – aber für den Osten ist es bei weitem nicht genug. Der Westen behält all seine komfortablen Einrichtungen, nimmt nur,

und unter großem Sträuben, gewisse Verzögerungen bei deren weiteren Ausbau in Kauf. Im Osten wird ein Grossteil der Lebenswelt, die zwar im ganzen unzulänglich, aber gewohnt war und halbwegs funktionierte, abgebrochen.

Unvermeidlich ist auch, dass im Westen alle ihre Stellen behalten, während im Osten realiter 50 Prozent arbeitslos geworden sind. Nicht unvermeidlich ist, dass alle möglichen, wohlverworbenen Zusatzrenten im Osten nach und nach eingeschmolzen werden, während im Westen alle Rechte bestehen bleiben. Ob man mit den Eigentumsverhältnissen so verfahren musste, wie es geschah, ob so viele Ostdeutsche in Ungewissheit über ihre künftigen Wohnungen versetzt werden mussten, ist sehr zu fragen, auch, ob man nicht manche Einrichtungen, zum Beispiel die Jugendzentren der FDJ, wenn auch unter anderer Regie, fürs erste hätte fortführen sollen. Nicht ganz unvermeidlich ist gewiss, dass immer wieder westliche Kräfte östliche ersetzen, wo die kompromittiert sind oder als unfähig erscheinen – leider aber auch oft, wo dies nicht der Fall ist.

Und nahezu absurd ist es, dass es unter den Ungleichheiten zwischen den östlichen und westlichen Ländern nur eine einzige nennenswerte Ausnahme gibt, wo schon Gleichheit herrscht. Das ist die Verteilung der Asylanten im Verhältnis zur Bevölkerungszahl – der Beschluss dazu ist gewiss einer der idiotischsten des gesamten Einigungsprozesses, wie man durchaus, als er gefasst wurde, schon erkennen konnte.

Inzwischen neigen die Ostdeutschen weitgehend zur Resignation, für die Westdeutschen sind die neuen Länder primär eine Störung; finanziell, aber auch den Lebensformen, den Lebensverhältnissen, den Anschauungen nach. Und sie finden, diese Störung müsse so schnell wie möglich beseitigt werden.

Man kann gut verstehen, dass die Erwartungen beider Teile des Landes völlig verschieden sind. Die Westdeutschen hätten ganz gut auf die Ostdeutschen verzichten können: Warum also für sie zahlen? Immerhin gehen jährlich 150 bis 180 Milliarden hinüber. Die Steuern steigen, die Zinsen auch, verschiedene Projekte müssen zurückstecken. Fühlbar ist das schon – wenn auch in Massen (und unterschiedlich je nach Einkommenslage). Folglich heißt es sogleich: Wir haben unseren Wohlstand schwer erarbeitet, die wollen ihn geschenkt haben. Und neuerdings gibt es ja sogar Fälle, wo Firmen ihre Produktionsstätten im Westen schließen und andere im Osten aufmachen, weil es dort billiger ist. Kein Wunder, dass Unmut entsteht. Und weiter: Warum sollen die Westdeutschen sich oder ihre Ordnung in irgendeiner Hinsicht der Ostdeutschen wegen ändern? Schließlich hat sich das eigene System doch bewährt, und das andere ist zusammengebrochen. So versteht es sich doch wohl von selbst, dass die Ostdeutschen alles von den Westdeutschen übernehmen, auch die Parteien (samt deren Vorsitzenden), auch die Demokratie, bis in die Einzelheiten hinein.

Umgekehrt vom Osten aus: Man erleidet vielerlei, was man als ungerecht empfinden muss, Verlust der Arbeit, der Wohnung und anderes. Westliche Kommissionen, die die Tauglichkeit für Ämter überprüfen, die Versetzung bewährter Frauen und Männer in den Lehrlingsstand, die

zum Teil unter entwürdigenden Umständen und ungerechtfertigterweise herbeigeführten Entlassungen (oder Nicht-Wiedereinstellungen) zugunsten westlicher Nachwuchskräfte. Vielerlei Betrügereien waren und sind an der Tagesordnung, von Takt- und Verständnislosigkeiten ganz zu schweigen. Als Beamte und Angestellte sind freiwillig vor allem solche der dritten und vierten Kategorie, zumeist noch in höhere Stellen befördert, herübergekommen, den andern muss man hohe Zulagen zahlen, ohnehin bekommen sie mehr Gehalt als die nach Osttarif bezahlten dortigen Kollegen. Auch dass die DDR-Wirtschaft derartig darniederlag, ist schwer zu begreifen: Zumal hier jedenfalls ein rudimentärer DDR-Stolz betroffen ist: Denn für diese Wirtschaft hatte man ja, direkt oder indirekt, gearbeitet. Sie war, wenn auch unzulänglich genug, das Lebenswerk der meisten im Lande.

Was alles an Verbesserungen schon geschehen ist – und das ist ja wahrhaftig nicht wenig –, schlägt im Bewusstsein des Gros offenbar nicht so leicht durch. Das eine wird schon für selbstverständlich genommen, am andern wird gelitten. Dass etwas schon klappt, wird wenig vermerkt, was schiefläuft, so gerne erzählt, dass die Fälle sich gleichsam durch das Herumerzählen multiplizieren. Und es wird sehr viel auch vorwurfsvoll geschwiegen. Allzu oft schleicht sich sogar schon die Vorstellung ein, man habe nur das eine ungerechte, willkürliche Regime gegen das andere getauscht (obwohl die Zahl derer, die die Vereinigung mit der Bundesrepublik für richtig und gut halten, nach wie vor klar überwiegt).

Warum ist das alles so? Meine Vermutung ist: Weil erstens die Negativa für viele recht beträchtlich sind, die Hoffnungen aber abgestumpft (wobei natürlich auch verschiedene Versprechungen von westlicher Seite, die nicht eingehalten werden können, eine Rolle spielen). Zweitens werden diese Negativa als Ungleichheit gegenüber den Westdeutschen besonders stark empfunden. Drittens bringen die Prozesse, die zur Zeit unter den Deutschen ablaufen, die fortlebende DDR-Identität stark zur Geltung.

Hier liegt der wesentliche Unterschied zwischen Ostdeutschland und den übrigen Ostblockländern. Dass es in Ostdeutschland wirtschaftlich ungleich besser geht, ist zwar zuzugeben, aber es zählt nicht wirklich, weil man eher mehr als zuvor ganz auf Westdeutschland fixiert ist; weil man die Unterlegenheit nicht mehr länger ertragen will. Uns geht es besser, weil wir keinen großen Bruder haben, sagte neulich ein Tscheche. Er könnte damit etwas Richtiges treffen. Um es mit dem englischen Germanisten T. J. Reed zu sagen: *Nothing, it seems, divides people like unification.*

[ . . . ]

Es wäre darüber zu diskutieren, was es heißt und heißen soll, dass wieder ein Staat aller Deutschen – samt vielen neu in die Staatsbürgerschaft Aufgenommenen – entsteht, in gebotener Offenheit gegen andere und als Teil Europas.

Es wird eine Verständigung über die Aufgaben anzustreben sein, die sich dem Land und seinen Bürgern jetzt und in absehbarer Zukunft stellen werden; wie zwischen Rechten und Pflichten ein

neues Gleichgewicht herzustellen ist; und welches die Alternativen sind, wenn das nicht möglich oder nicht wünschbar ist.

Es wird bewusst zu machen sein, dass – da die Vereinigung, und sei es aus praktischen Gründen, endgültig ist – West- und Ostdeutsche sehr viel miteinander zu tun haben; dass sie nicht nur ein Volk, sondern auch eine Volkswirtschaft bilden und in engster politischer Verzahnung leben. So dass sie sich miteinander bekannt zu machen, viele Missverständnisse abzubauen, viele falsche Eigenschaften immer neu zu analysieren und eine gemeinsame Sprache, gemeinsame Axiome zu entwickeln haben. Man wird zu lernen haben, dass die Gewinnung von Vertrauen zum vergrößerten Deutschland die Gewährung von Vertrauen vor allem vom überlegenen zum unterlegenen Teil des Landes und als dessen Folge dann die Entstehung von Vertrauen zwischen beiden Teilen voraussetzt. Der Schlüssel zur inneren Integration liegt gewiss weit eher im Westen als im Osten.

Man sollte sich nicht damit beruhigen, dass die Angleichung von Ost und West noch Jahrzehnte dauern wird, dass man sie der Zeit überlassen muss. Das muss nicht so sein. Und das darf nicht so sein, da in dieser Zeit zu viel passieren kann; da wir uns die momentane Rat- und Wehrlosigkeit nicht leisten können, in deren Zusammenhang die verschiedenen Missstände zu Symptomen einer Krise werden. Mangels Integration ist auch die Erzeugung von Toleranz, von Sicherheit etwa für jüdische Mitbürger (von den Fremden ganz zu schweigen) eine Aufgabe, die sich in Ost und West stellt.

Bonn ist nicht Weimar, hat man so gern festgestellt. Aber Bonn ist auch noch nicht Berlin. Es ist jedoch nur die Berliner, die gesamtdeutsche Demokratie, in der wir als leistungsfähige, freie, westliche Nation weiterleben können. Und die ist noch zu begründen. Innerhalb der Gesellschaft.

Nichts wäre unangebrachter, als das zu übersehen oder gar die Flinte ins Korn zu werfen. Immerhin müssten Demokratien die Möglichkeit haben, wenigstens dann Ungewöhnliches ins Werk zu setzen, wenn sie im Schlamassel schon drin sind.

*Christian Meier ist Professor für Alte Geschichte an der Universität München.*

Quelle: Christian Meier, „Nichts trennt die Menschen mehr als die Vereinigung“, *Süddeutsche Zeitung*, 31. Dezember 1992.